ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
JANUAR 2018

DIE aNDERE

Baustart Versöhnungs-kirche

Björn Höcke – AfD

„...Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad! *[...]* **Kurz: Es geht darum, den neu entstandenen Fassaden, hier in Dresden, aber auch Potsdam, und in Berlin** *[...]* **einen neuen, würdigen Geist einzuhauchen...“**
in seiner Dresdner Rede am 17.01.2017

Frank-Walter Steinmeier – SPD

Bundespräsident und Schirmherr für den Wiederaufbau der Garnisonkirche

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe unserer Zeitung haben unsere Stadtverordneten wieder die nun schon traditionelle Rotation vollzogen und die Mandate weitergegeben. **Arndt Sändig**, **Annina Beck, Georg Bittcher** und **Corinna Liefeld** (▾ Foto – v.l.n.r.) sind in die Stadtverordnetenversammlung rotiert und vertreten dort ein Jahr lang unsere Farben, Anliegen und Themen.

© Michael Lüder

Seit vielen Jahren kümmern wir uns in der Stadtpolitik um Themen, über die auch in diesem Heft berichtet wird.

Nachdem wir fast zwei Jahrzehnte lang die Erinnerung an den Potsdamer Demokraten und Revolutionär **Max Dortu** hochhielten, hat die Stadt Potsdam vor wenigen Wochen zum ersten Mal den Max-Dortu-Preis verliehen. Der Preisträger **Hans-Christian Ströbele** hat der Stadt in seiner Rede gleich ein paar Dinge zu Grundeigentum, Demokratie und preußischer Geschichte ins Stammbuch geschrieben.

Auch in dieser Ausgabe geht es um den Bürgerhaushalt im engeren Sinne und um weitere Demokratiedefizite im Allgemeinen.

Der Dauerbrenner Garnisonkirche ist diesmal gleich mit zwei Artikeln vertreten. Offenbar hat der Aufbau der Kirchturmattrappe mit angeschlossenem Versöhnungszentrum und Aussichtsplattform das Zeug dazu, noch für viel Streit und Protest in Potsdam zu sorgen.

© Carsten Linke

Das Interview dieser Ausgabe haben wir mit dem Kandidaten unserer Wählergruppe für die Oberbürgermeisterwahl im Herbst 2018 geführt. **Lutz Boede** verrät, was er zuerst vorhat und welche Ziele er langfristig ins Auge fassen will.

Dazu gibt es Informationen zur Beleuchtung auf Potsdamer Sportplätzen, zur Perspektive des Montelino-Zirkuszeltes, zur Bezahlung der Lehrkräfte an der Volkshochschule und zu unseren Anträgen gegen den Schleichverkehr in der Geschwister-Scholl-Straße und für einen eintrittsfreien BUGA-Volkspark.

Wir freuen uns über Meinungen, Anregungen und Kritik und wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Anja Heigl

Inhalt

KURZNOTIZEN 05

STÄDTISCHE BETRIEBE
Partizipatives Sponsoring durch die *ProPotsdam* – TEIL 4 07

STADTRÄUME
Nun hören Sie doch mal auf zu protestieren – Das ist doch alles demokratisch beschlossen! 09

Der Bürgerhaushalt 2018/19 – ein Politikbarometer der Stadt 16

GARNISONKIRCHE
Baustart ins Ungewisse – Die öffentliche Hand baut eine Kirche 21

Die Dreieinigkeit aus Kirche, Staat und Glauben als Demokratieersatz 25

PERSONALIA
„Eine parlamentarische Demokratie wie wir sie heute erleben hatten wir damals nicht vor Augen“
H.-C. Ströbele ist Max-Dortu-Preisträger 2017 28

Max-Dortu-Gedenksteinewerfen 2017 32

Interview mit Lutz Boede – Oberbürgermeisterkandidat der Wählergruppe DIE aNDERE 35

KURZNOTIZEN

Schlosspark eintrittsfrei, Volkspark wohl nicht

Widersprüchlich agieren die Stadtverordneten beim Thema Parkeintritt. Einerseits beschlossen sie mehrheitlich, der *Schlösserstiftung* (SPSG) weiterhin eine Million Euro zu zahlen, damit diese im Park Sanssouci keinen Eintritt verlangt. Andererseits tut sich die Mehrheit der Stadtverordneten noch immer schwer damit, auf Eintrittsgelder im städtischen BUGA-Volkspark zu verzichten. Gegen einen entsprechenden Antrag unserer Fraktion werden in den Ausschussberatungen absurde Argumente vorgebracht. So werden Befürchtungen gestreut, dass der städtsiche Entwicklungsträger Steuern zahlen müsste, wenn er auf einen Eintritt verzichtet. Besonders originell ist natürlich, dass ausgerechnet die Fraktionen, die gerade beschlossen haben, jährlich eine Million an die *Schlösserstiftung* zu spenden, einen Bruchteil dieser Summe nicht für den eigenen Park bezahlen möchten. Wir empfehlen den Stadtverordneten von SPD und Linken, sich bei ihren Parteifreund*innen in den Landesregierungen Berlins und Brandenburgs dafür einzusetzen, dass diese im Stiftungsrat der SPSG gegen den Parkeintritt für Sanssouci votieren. Dann bleibt nicht nur genug Geld für einen eintrittsfreien BUGA-Volkspark, sondern es könnten in Potsdam jährlich noch 1–2 neue Sportplätze gebaut werden.

Beleuchtung auf Potsdamer Sportplätzen

Seit Monaten beschäftigen die Fachausschüsse der SVV Anträge der aNDEREN, für eine hinreichende Beleuchtung auf den Sportplätzen *Nowawiese* und *Westkurve* zu sorgen und damit auch eine Nutzung in den dunklen Wintermonaten zu ermöglichen. Der *Kommunale Immobilienservice* (KIS), der die Sportanlagen betreibt und vermietet, gab sich ahnungslos, was eine hinreichende Beleuchtung sein soll. Nun brachte eine Akteneinsicht zu Tage, dass auf der *Nowawiese* ursprünglich 16 Baustrahler vorgesehen waren. Warum letztlich nur 6 davon installiert wurden, bleibt ein Geheimnis, dem wohl noch kommende Generationen in den Archiven nachspüren werden. Ob Sportplätze, die nach 16 Uhr nicht mehr durch die Vereine nutzbar sind, dazu beitragen, dass Potsdam nicht länger das absolute Schlusslicht unter allen deutschen Landkreisen und kreisfreien Städten im Prognos-Familienatlas in der Kategorie *Mitgliedschaft von Kindern in Sportvereinen* bleibt, bezweifeln wir aber schon heute.

Modellversuch Zeppelinstraße

Die Reduzierung der Autospuren in der Zeppelinstraße erregte die Gemüter in den letzten Monaten. Nun liegen erste Zwischenergebnisse und Messergebnisse vor. Demnach hat sich die Zahl der Autos verringert und die Luftqualität an der Messstelle deutlich verbessert. Fraglich ist aber, ob die Ergebnisse repräsentativ sind, da eine große Baustelle in Geltow den Verkehr ohnehin reduzierte. Schon jetzt lässt sich aber feststellen, dass in den Nebenstraßen der Zeppelinstraße erhöhter Umgehungsverkehr auftritt. DIE aNDERE hat nun beantragt, Schleichverkehr durch die Geschwister-Scholl-Straße durch die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches zwischen Nansenstraße und Hans-Sachs-Straße unattraktiver zu machen.

Klare Verhältnisse für Zeltpunkt Montelino

Im Potsdamer Norden werden dringend Jugendklubs benötigt. Der Jugendhilfeausschuss unterstützt Pläne, gut 100 Plätze durch einen Neubau in der Georg-Herrmann-Allee und etwa 40 weitere Plätze durch ein zirkuspädagogisches Angebot auf dem Parkplatz neben der Biosphäre zu schaffen. Das Zirkuszelt von *Montelino* soll ohnehin umziehen, weil der jetzige Standort für den Wohnungsbau vorgesehen ist. Derzeit scheidet ein direkter Umzug auf den neuen Standort an der *Biosphäre* aber aus. Die Rathauskooperation will über die Flächen um die *Biosphäre* noch in einem mehrstufigen Beteiligungsverfahren über Abriss oder Weiternutzung der *Biosphäre* diskutieren. DIE aNDERE hat daher beantragt, dass das Zirkuszelt so lange am bisherigen Standort bleiben kann, bis der Umzug auf den neuen Standort möglich ist. Eine vermeidbare Zwischenlösung kostet nicht nur eine Menge Geld, sondern erfordert auch viele zusätzliche Arbeitsstunden durch ehrenamtliche Helfer*innen.

Bücher aus rechten Verlagen

In der Bestandsliste der Stadt- und Landesbibliothek finden sich inzwischen auch Bücher aus dem Kopp Verlag und anderen rechten Verlagen. Da wir bezweifeln, dass die begrenzten Ressourcen einer öffentlichen Bibliothek ausgerechnet in die Verbreitung von Parawissenschaften und Verschwörungstheorien gesteckt werden sollten, haben wir eine *Kleine Anfrage* eingereicht, um zu klären, wie über Neuanschaffungen entschieden wird und wer die Publikationen auswählt.

Stadtverwaltung sperrt sich gegen faire Bezahlung an der Volkshochschule

Auf Antrag unserer Fraktion wurde der Honorarsatz für die Kursleiter*innen an der VHS in den letzten Jahren von 18 auf 30 Euro pro Unterrichtsstunde (45 min) angehoben. Parallel sollte aber darüber hinaus eine Anwendung des *Berliner Modells* geprüft werden – also eine Beteiligung der Stadt an den Sozialversicherungskosten. Auf mehrfache Nachfrage teilte die Verwaltung schließlich mit, dass das aus rechtlichen Gründen nicht ginge, weil das gegen die Regelungen gegen Scheinselbstständigkeit verstoßen würde.

Daraufhin haben wir 2016 einen Änderungsantrag zum Haushalt gestellt, statt des *Berliner Modells* den Honorarstundensatz auf 35 Euro zu erhöhen, da die Stadtverordneten mit dem Ausgangsbeschluss ja eine über 30 Euro/Stunde hinausgehende Bezahlung angestrebt hatten. Der Antrag wurde wiederum angenommen. Allerdings erhalten die Kursleiter*innen weiter 30 statt 35 Euro/Stunde (Ausnahme bundesfinanzierte Integrationskurse).

Nachdem es die bessere Bezahlung der Lehrkräfte in der Volkshochschule auf die Wunschliste des Bürgerhaushaltes geschafft hat, erreichte uns nun ein Schreiben der neuen Bildungsbeigeordneten. Darin kündigt sie an, dass im Dezember die Kursleiter*innen befragt werden sollen und dass bis dahin (erneut?) geklärt werden soll, ob das *Berliner Modell* umsetzbar ist. Wohin die Reise gehen soll, verrät allerdings der Hinweis, dass Potsdam jetzt schon die höchsten Honorarsätze im Land zahlt. Bei den Geschäftsführergehältern in den städtischen Betrieben hat dieses Argument noch nie gezählt.

STÄDTISCHE BETRIEBE

Partizipatives Sponsoring durch die *ProPotsdam* – DIE aNDERE hilft gern!
TEIL 4

VON ARNDT SÄNDIG

Im Sommer 2015 erhöhte die Landeshauptstadt die Diäten für die Mitglieder der Aufsichtsräte ihrer kommunalen Töchter. Bei der *ProPotsdam* – einer hundertprozentigen Tochter der Stadt – stieg die Aufwandsentschädigung von 100 auf 550 Euro pro Sitzung. Doch den Vorwurf der Versorgungsmentalität ließen die Fraktionen der Rathauskooperation nicht gelten. Schließlich trügen die Aufsichtsratsmitglieder auch Verantwortung. Diese Bürde müsse angemessen entlohnt werden. Eine Steigerung um 450 Prozent schien der Kooperation da offenbar plausibel. DIE aNDERE kommt durch ihren Sitz im Aufsichtsrat der *ProPotsdam* auch in den Genuss der vervielfachten Diäten. Allerdings spendet das von den aNDEREN entsandte Aufsichtsratsmitglied die Diätensteigerung an die Wähler*innengruppe zurück. DIE aNDERE unterstützt mit dem Geld die *ProPotsdam* beim partizipativen Sponsoring wichtiger, von der Wähler*innengruppe sorgfältig ausgewählter Projekte.

Den Plänen der Rathauskooperation zur öffentlich subventionierten Privatisierung großer Teile der Innenstadt stellte sich 2016 die Initiative *Potsdamer Mitte neu denken* entgegen. Etwa 14.700 Unterschriften konnten in kurzer Zeit gegen die Abrisspolitik der Rathauskooperation gesammelt werden. Gefordert wurde, keine kommunalen Grundstücke mehr zu verkaufen und keine öffentlichen Gelder für den Abriss von Fachhochschule, Mercure und Staudenhof einzusetzen. Nachdem das Verwaltungsgericht die Fragestellung des Bürgerbegehrens für unzulässig erklärt hatte, nahmen der Oberbürgermeister und die Rathauskooperation dies zum Anlass, auch die Intention der Unterschriftensammlung zu ignorieren, wie sie es schon 2014 beim erfolgreichen Bürgerbegehren, das auf die Auflösung der Garnisonkirchenstiftung zielte, getan hatte.

Im September 2017 galt es, den Protest gegen die Privatisierung der Innenstadt ein weiteres Mal lautstark zu artikulieren. Unter dem Dach der Initiative *Stadtmitte für Alle* wurde am 15.09. eine Demonstration mit dem Motto *Mietenstopp jetzt!* organisiert. Im Vorfeld der Demonstration, die zwischen dem Staudenhof und der Fachhochschule endete und

an der etwa 800 Personen teilnahmen, wurden Forderungen an Stadt und *ProPotsdam* formuliert (► **https://stadtfueralle.de/12-forderungen/**). Zudem luden wir den Stadtsoziologen **Andrej Holm** nach Potsdam ins *Alte Rathaus* ein. Unter dem Titel *Muss Wohnen immer teurer werden?* wurde mit dem Gast über die Hintergründe von Gentrifizierungsprozessen und Gegenstrategien diskutiert.

Das Bewerben der Veranstaltungen, aber auch die Kosten für Technik, Bühne und Miete waren nicht unerheblich. Hier konnten die zurückgespendeten Aufsichtsratsdiäten der *ProPotsdam* sinnvoll eingesetzt werden. Ohne das finanzielle Engagement des Unternehmens hätte die Wähler*innengruppe DIE aNDERE Demonstration und Diskussionsveranstaltung aus Eigenmitteln finanzieren müssen, die so zugunsten anderer wichtiger Aktivitäten geschont werden konnten.

Auch in den kommenden Ausgaben der Wähler*innengruppenzeitung wird DIE aNDERE über wichtige, aus den *ProPotsdam* Diäten finanzierte Projekte berichten.

Mietenstopp-Demo am 15.09.2017 / Foto: Jeannette Jacob

STADTRÄUME

Nun hören Sie doch mal auf zu protestieren – Das ist doch alles demokratisch beschlossen!

VON WOLFRAM MEYERHÖFER

Die Beschlüsse zur Potsdamer Mitte sind nicht demokratisch gefallen.

Mit dem Baubeginn der Garnisonkirchattrappe und dem geplanten Abriss des FH-Gebäudes waren im Jahr 2017 vielerlei Proteste verbunden. Immer wieder wird dabei den Protestierenden entgegengehalten, alle Beschlüsse zur Potsdamer Mitte seien doch demokratisch legitimiert. Die implizite Unterstellung dabei ist, dass die Proteste quasi gegen den demokratisch festgestellten Mehrheitswillen gerichtet seien. Dies offenbart bereits in sich ein problematisches Verständnis von Demokratie, denn Proteste gegen Mehrheitsbeschlüsse gehören konstitutiv zur Demokratie, weil sie ein notwendiges Element des demokratischen Diskurses sind. In diesem Beitrag geht es aber darum, warum die Beschlüsse zur Potsdamer Mitte nicht demokratisch gefallen sind. Ich spreche hier der Übersichtlichkeit halber nur von den Beschlüssen zur Errichtung von Attrappen des Stadtschlosses und der Garnisonkirche sowie zum Abriss von Mercure und FH.

Demokratie ≠ Mehrheiten organisieren

Demokratie besteht nicht darin, Mehrheiten für Beschlüsse zu organisieren. Wäre dem Anspruch an demokratische Willensbildung mit dem Herstellen von Mehrheiten Genüge getan, dann wäre die DDR eine lupenreine Demokratie gewesen. Schließlich wurden dort auf vielen Ebenen immerfort (beeindruckende) Mehrheiten organisiert. Der Einzelne hat auch an viel mehr Abstimmungen teilgenommen als heute, weil auf diese Weise permanent Pseudo-Legitimierungen erzeugt wurden. Die repräsentative Demokratie in unserem heutigen Verständnis fußt – neben Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz, die hier nicht diskutiert werden können – auf folgenden Prinzipien:

- Unterfütterung und Legitimierung von Entscheidungen durch Argumente.
- Das Parlament spiegelt im Wesentlichen die Mehrheiten der Bevölkerung.
- Es gibt Korrektive für den Fall, dass das Parlament Mehrheiten der Bevölkerung nicht spiegelt.

Alle drei Prinzipien sind im Zuge der Beschlüsse zur Potsdamer Mitte so eklatant verletzt worden, dass man hier nicht von einer demokratischen Legitimierung sprechen kann. Ich nehme ausdrücklich den Beschluss von 1990 aus, eine „Konzeption für eine von Verantwortung getragene behutsame Wiederannäherung an das charakteristische, historisch gewachsene Stadtbild zu entwickeln“ [1]. Dieser Beschluss wird zwar immer wieder zur Legitimierung von Historisierungen vorgeschoben, um die eigene Position in der Tradition der Wende zu verorten. Er ist aber vorrangig ein Stopp-Zeichen gegen den Abriss des Historischen und ein Diskurssignal. Von einer brutalen Herstellung historischer Grund- und Aufrisse ist in dem Beschluss ja nun gerade *nicht* die Rede.

Demokratie als Verpflichtung auf das Argument

Die Wählergruppe die aNDERE ist unter anderem deshalb so wichtig für den politischen Diskurs in Potsdam, weil sie immer wieder die Brüchigkeiten in den Argumentationsmustern der Schnarch-Parteien offenlegt. Bei allem Spott vergisst man manchmal, dass unserer Kritik ein unausgesprochener Grundsatz zugrunde liegt: Politik hat entlang von Argumenten zu agieren! Könige müssen nicht argumentieren, Gewaltherrscher müssen nicht argumentieren.

In der *Stadtverordnetenversammlung* (StVV) wurden keine Argumentationen zur Potsdamer Mitte entfaltet, dort hört man sich gegenseitig nur ein paar Minuten zu. Argumentationen gehören eher in die Ausschüsse. Für die Potsdamer Mitte war der Bauausschuss zuständig, der hat aber die Argumentationspflicht vollständig an den *Beirat Potsdamer Mitte* abgetreten – die Daueraussage im Bauausschuss war, dass der Beirat bereits alles durchdiskutiert habe. Der Beirat Potsdamer Mitte existierte in den Legislaturperioden 1998 bis 2003 und 2003 bis 2008 in nahezu unveränderter personeller Konstellation. Er bestand aus sogenannten Fachmitgliedern und aus Vertreter*innen der Fraktionen in der StVV. Die aNDERE stellte zunächst **Axel Kruschat**, der die Arbeit dort einstellte, weil er den Beirat als ideologisch vorsortierten Historizisten-Klüngel wahrnahm. Ich stieß im Jahr 2003 dazu.

Zunächst fiel mir als Universitätsangehörigem auf, dass der Beirat in seinen bislang erarbeiteten Papieren nur „hochwertige Wissenschaft“ in der Potsdamer Mitte sehen wollte. Gemeint war damit, dass Studierende und ihre Lehrenden sich gefälligst aus der Mitte verabschieden sollen. Erst wenn man wenigstens promoviert hat, ist man Mitte-würdig.

Im Weiteren versuchte ich herauszufinden, mit welchen Argumenten der Beirat in seiner ersten Amtszeit zu dem Beschluss gekommen war, dass Potsdam „sein Herz“ in Form eines Gebäudes in der Kubatur des Stadtschlosses wieder bräuchte. Es stellte sich heraus, dass es keine Argumentation gab, sondern dass man es sich in der Herz-Metapher gemütlich eingerichtet hatte. Man arbeitete mit der Behauptung, Potsdam sei als Gesamtkunstwerk entstanden, es gebe einen – natürlich „genialen“, also gefälligst nicht

1 **zu finden unter http://stadtmittefueralle.de/download/**

► **Versuch der Rettung städtischer Potentiale:**
Besetzung des FH-Gebäudes am Alten Markt, 13.07.2017 / Foto: Kristin Pilz

kritisierbaren – Gesamtplan. Die Stadt sei mehr als andere Städte nach den Prinzipien von Symmetrie, goldenem Schnitt, menschlichen Proportionen und vielfältigen Zusammenhängen in Grundriss- und Winkelmaßen entstanden. Deshalb sei eine Wiederherstellung der historischen Stadtstruktur unabdingbar. Man bezog sich auf **Olaf Thiede**, der einen solchen genialen Gesamtplan behauptet. Thiede ist Zahlenmystiker. Zahlenmystiker berechnen, dass man unter Herbeiziehung beliebiger Daten den Anschlag vom 11. September vorhersehen konnte, aber ebenso auch jedes andere Ereignis herbeirechnen könnte. Zahlenmystiker wie Thiede gibt es allerorten. Die Besonderheit von Potsdam ist, dass Zahlenmystiker politisches Handeln fundieren.

Schrittweise habe ich dem *Beirat Potsdamer Mitte* Argumente vorgetragen, die dort nie in den Blick genommen worden waren: Das Prinzip der europäischen Stadt, in der – ausgehend von der geografischen Situation und von sich im Laufe der Zeit entwickelnden Funktions-, Macht- und Geschmacksansprüchen – die Zeiten und ihre Geläufe in Stein, Holz und Beton sedimentieren. Fragen der historischen Einordnung von Geschmacksurteilen. Probleme von latentem Monarchismus in Argumentationsmustern. Probleme der Verweigerung einer baulichen Deutung des Demokratie-Gedankens, wenn ein Landtag in eine Schlossattrappe zieht. Die Logik der Zerstörung der materialen Spuren des Sozialismus als Reproduktion der DDR-Logik der Zerstörung von Historischem. Theorie der Barbarei. Irrationalität der Angst vor moderner Architektur. Potsdamer Bausünden als Folge von Historisierung. Theorien des künstlerischen Originals und seiner Vergewaltigung im Prozess des Kopierens. Natürlich auch praktische Probleme wie Verkehrsführung, die Behauptung, dass im Schloss 40 Prozent für öffentliche Nutzung vorgesehen sind oder die Manipulation von Gutachten.

Ich hörte im Beirat, das sei ja immer sehr interessant mit den Argumenten, aber nun sei alles schon beschlossen. Herausragend war **Christian Seidel** von der SPD, der als Bauausschussvorsitzender die Scharnierstelle zwischen Beirat und Bauausschuss war und der einfach immer sagte: „Herr **Meyerhöfer**, jetzt haben wir die Macht!“ Auffällig war das Verhalten der Fachmitglieder im Beirat: Im Laufe der Zeit stellte sich heraus, dass alle bis auf zwei Ausnahmen Auftragnehmer der Stadtverwaltung waren, und zwar durchgehend mit Aufträgen, die sich direkt auf die Potsdamer Mitte bezogen. Es wurde immer deutlicher, dass diese Mitglieder ausschließlich die Positionen der Verwaltung bezogen. Durch eine verzweifelte und besonders schleimige Form korruptiven Agierens fiel der von den Linken benannte Fachvertreter auf. Er war 1989/90 als Stadtarchitekt von seinen Untergebenen aus dem Amt gejagt worden und schien nun zum Historizismus konvertiert. Immer wieder betonte er, wie stolz es ihn machen würde, wenn er an der Herstellung dieser wunderbaren historischen Mitte mitwirken dürfte – und selbst er bekam ein paar Auftrags-Brocken hingeworfen.

Da die aNDERE diese korruptiven Strukturen immer vehementer kritisierte, wurde der Beirat im Jahr 2008 aufgelöst. Bis dahin hatte er aber die Weichenstellungen für die Mitte so weit vorangetrieben, dass alle Grundsatzentscheidungen getroffen waren. Lediglich der Abriss des Mercure kam erst danach neu auf die Agenda.

Die Bürger haben sich doch hinter die Nachbau-Projekte gestellt

Ich möchte zu dieser Behauptung nur eine Institution erwähnen, das *Stadtforum*. Es ist deshalb herausragend, weil dort eine Institutionalisierung der Stadtgesellschaft vorzuliegen scheint, die dem Argument in besonderer Weise verpflichtet ist: Der Diskurs erfolgt in Form von Podien, und die Podiumsteilnehmer*innen dürfen mehrere Minuten am Stück sprechen. Es gibt sogar Protokollierungen, die Argumente sollen also sogar in Schriftform gerinnen.

Ich war in jener Zeit, in der die Grundzüge der Entwicklung der Mitte noch nicht gesetzt waren, mehrfach im Stadtforum, wenn es um die Mitte ging. Die Podien waren immer einseitig besetzt. Positionen gegen die Historisierung waren im Regelfall nicht vertreten, Ausnahme war der Architekturkritiker **Wolfgang Kil**, der ausgebuht wurde. Der Diskurs fand nur innerhalb historizistischer Grundpositionen statt. Wurden aus dem Publikum heraus Gegenpositionen formuliert, so wurden diese niedergeschrien, was systematisch durch die Moderationen geduldet wurde. Im Ganzen wurde das Stadtforum von seinen Machern so strukturiert, dass Argumente gegen den historisierenden Ansatz der Stadtentwicklung nicht auf den Tisch kommen konnten.

Das Parlament spiegelt im Wesentlichen die Mehrheiten der Bevölkerung

Um den Jahreswechsel 2006/2007 gab es eine Bürger*innen-Abstimmung zum Stadtschloss-Gelände, bei der 42 Prozent der Potsdamer*innen sich dafür aussprachen, ein Landtagsgebäude in Grundriss und Kubatur des Stadtschlosses zu errichten. Die aNDERE führte eine parallele Befragung durch, die mit einer eindeutigeren Fragestellung das gleiche Ergebnis zeigte: 58 Prozent der Potsdamer*innen zeigten sich skeptisch gegenüber dem Historizismus. Dem steht entgegen, dass die historisierende Form der Stadtentwicklung über weite Strecken knappe Mehrheiten in der StVV erzielte.

Das kommt daher, dass die StVV als (Quasi-)Parlament die Mehrheiten in der Bevölkerung bezüglich der Stadtentwicklung nicht adäquat spiegelt. Ich schätze, dass in der SPD etwa ein Viertel der Mitglieder und der Stadtverordneten dem Historizismus skeptisch gegenüber steht. Bei den Grünen gibt es im Kreisverband einen langandauernden Streit, dort steht es etwa halbe-halbe. In den Abstimmungen der StVV schweigt das skeptische Viertel der SPD, und es schweigt die skeptische Hälfte der Grünen. Für die ostdeutsche SPD kann man sicherlich von einer gewissen programmatischen Passung sprechen, für die Grünen gilt das nicht: Spricht man mit Grünen-Wähler*innen, so äußern sich viele von ihnen fassungslos, wenn sie erfahren, dass die Grünen in der Potsdamer StVV radikale Historizisten sind.

Ich spreche hier von Wählerbetrug ohne Wahlbetrug: In den entscheidenden Jahren vor 2012 haben die Grünen im Wahlkampf nie offen gelegt, dass sie radikal die Attrappen von Schloss und Garnisonkirche herbeiführen und DDR-Architektur beseitigen wollen.

Die knappen Mehrheiten für historizistische Vorgaben sind immer mit den Grünen als Zünglein an der Waage zustande gekommen. Hätten die Grünen nicht entlang von Fraktionszwang abgestimmt, sondern entlang der Halbe-halbe-Situation der grünen Basis, dann hätten wir heute am Alten Markt einen lebendigen Stadtraum statt eines historisierenden Stadtgrabes.

Korrektive

Zur Demokratie gehört konstitutiv, dass es Korrektive gibt für den Fall, dass das Parlament Mehrheiten der Bevölkerung nicht spiegelt. Ein solches Korrektiv sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

Es gab bislang eine Bürgerbefragung 2006/07, in der es unausgesprochen um die Frage ging, ob ein Landtagsgebäude in Grundriss und Kubatur des Stadtschlosses errichtet werden soll. Vorher hatte es ein Gutachten zu den Kosten einer Sanierung des Landtagssitzes auf dem Brauhausberg mitsamt der Neuerrichtung eines Plenarsaals gegeben: 66 Mio. Euro (mit Berliner Abgeordneten 80 Mio.). Für die Kubatur des Stadtschlosses ergaben sich 120 Mio. Euro. Nun wurden aber nicht etwa diese zwei Varianten zur Abstimmung gestellt. SPD und Linke einigten sich auf einen Betrug: Zur Wahl gestellt wurden drei Standorte (Schlossgrundstück, Speicherstadt, Havelufer dort, wo heute die Barbarini-Attrappe steht). Der Brauhausberg wurde nicht zur Abstimmung gestellt. Die Befragung wurde im Eiltempo durchgezogen. Es gab keinerlei Planung oder Kalkulation für die Standorte Speicherstadt und Havelufer. Es gab keinerlei Möglichkeit, Argumente für oder gegen eine Variante an die Bürger*innen heranzutragen, etwa in Form einer Broschüre, wie es z.B. bei Schweizer Volksabstimmungen vorgeschrieben ist. Die 42 Prozent-Minderheit für die Schlosskubatur wurde von allen Parteien außer der aNDEREN und von den Potsdamer Medien zu einer Mehrheit für diese Variante umgedeutet.

Ein Bürgerbegehren, das den Potsdamer*innen die Gelegenheit gab, sich gegen die Garnisonkirch-Attrappe auszusprechen, wurde im Jahr 2014 von allen Parteien außer Linke und aNDERE durch einen Verfahrenstrick ausgehebelt, so dass es nicht zum Bürgerentscheid kommen konnte. Ein Bürgerbegehren, das ein Mehrheiten-Signal gegen den Abriss von FH und Mercure gesetzt hätte, wurde mit einem juristischen Trick verhindert.

Diejenigen, die verhindern, dass sich die Bevölkerungsmehrheit in den parlamentarischen Beschlüssen wiederfindet, sind also sehr engagiert und erfolgreich darin zu verhindern, dass die Mehrheit ihren Willen in direkten Abstimmungen äußern kann. Wir haben es in Brandenburg mit unreifen demokratischen Strukturen zu tun, die eine gewisse oligarchische Tendenz haben. Die korrektiven Instrumente der direkten Bürgerentscheidung sind ohnehin nur rudimentär zulässig, was sicherlich mit einem Misstrauen der politischen Eliten gegenüber den Beherrschten zu tun hat, denen man verantwortungsvolle Entscheidungen nicht zutraut.

► **Demokratieveranstaltung als Nebelkerze: *„Welche Instrumente braucht die Demokratie heute?“* am 21.11.2017 in der Nagelkreuzkapelle / performative Kritik der *Mundtoten***

Dass die Herrschenden die Nutzung dieser wenigen Instrumente dann aber auch noch mit Tricks hintertreiben, ist jedoch kein Zeichen dafür, dass die Beherrschten verantwortungslos wären. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Brandenburger Demokratie unreif ist in dem Sinne, dass die politischen Eliten es nicht aushalten, wenn die Beherrschten punktuell und in den von den Eliten abgesteckten Grenzen das Zepter selbst in die Hand nehmen wollen.

Die Unreife reproduziert sich im Dauerproblem, dass die Stadtverordneten ihre Aufgabe der Kontrolle der Verwaltung nicht wahrnehmen. Alle Werkstattverfahren zur Potsdamer Mitte wurden von der Verwaltung so gestaltet, dass keine Alternativen zu historizistischen Ansätzen entwickelt werden konnten – so dass die Stadtverordneten keine Möglichkeit bekamen, entlang von alternativen Argumentationen Entscheidungen zu treffen. Die Stadtverordneten haben sich das gefallen lassen. So wie ein reifes Brandenburgisches Landesparlament ein Landtagsgebäude eingefordert hätte, welches eine bauliche Deutung des Demokratiegedankens herstellt, so hätte ein reifes Stadtparlament kein Werkstattverfahren zugelassen, bei dem der Abriss von FH und Mercure bereits in der ersten Sitzung von den Baubeigeordneten vorgezeichnet wird.

Im Ganzen kann man sagen: Wer Demokratie als brutales Organisieren von Mehrheiten versteht, der wird in der Potsdamer Mitte ein lupenreines demokratisches Projekt sehen. Wer Demokratie als ein diskursives, argumentorientiertes und notwendigerweise mit Korrektivfunktionen versehenes Ringen um verantwortungsvolle Entscheidungen sieht, der wird hier eher seine Zweifel haben.

© JF

Der Bürgerhaushalt 2018/19 – ein Politikbarometer der Stadt

VON CARSTEN LINKE

Die Abstimmung zum Bürgerhaushalt 2018/19 ist beendet. Es wurden 145.160 Kreuzchen gesetzt. Es haben über 10.000 Potsdamer*innen an der diesjährigen Abstimmungsrunde teilgenommen. 40 Vorschläge standen in den drei Kategorien Haushaltssicherung, laufende Verwaltung und Investitionsplanung zur Auswahl.

Die Erfahrung der letzten Jahre und die ersten Einschätzungen seitens der Rathausspitze auf der Abschlussveranstaltung am 19.10. zeigen, dass ein Großteil der verbleibenden 20 Vorschläge zwar beraten, aber auch im Sande verlaufen werden. Meist werden die Anträge der Bürger*innen in den Ausschüssen Opfer derer, die mit Wortklauberei das zerreden, was sie ohnehin nicht tun wollen.

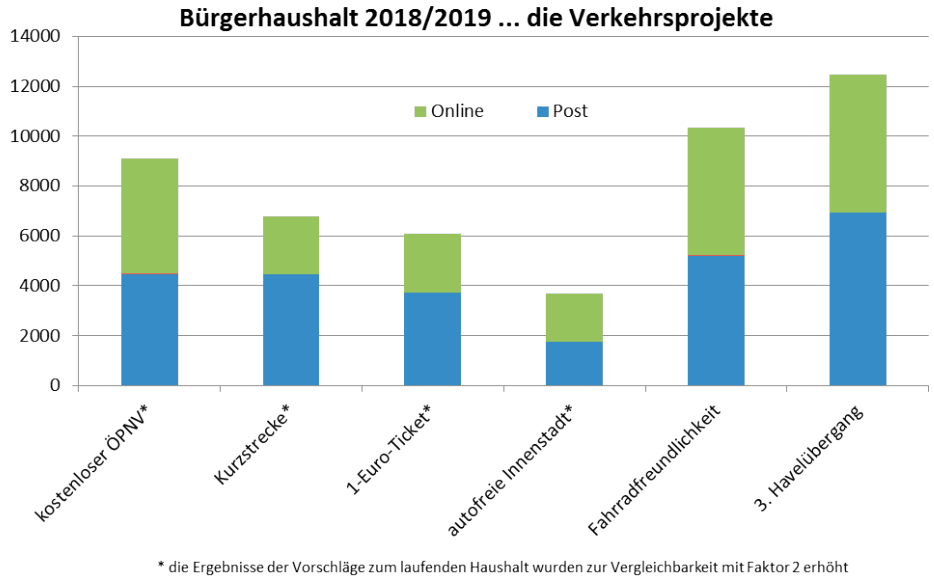
Unabhängig davon kann diese Abstimmung als eine Bürger*innenbefragung gewertet werden. Die Abstimmung ist mehr als ein Stimmungsbild, sie ist ein aktuelles Politikbarometer. Dazu gehört der Wille, die eigentliche Intention der Anträge zu erkennen und sie als Stimmungsbild zu begreifen. In der aktiven Teilnahme am Bürgerhaushalt kanalisiert sich der Wunsch nach Mitbestimmung in der Stadt. Hier zeigt sich, was die engagierte Bürgerschaft denkt. Kein Wunder, dass die Stadtverwaltung sich vor offiziellen Befragungen der Bürgerinnen und Bürger fürchtet, denn so mancher Vorschlag, der auf OB-Linie liegt und angeblich ein wichtiges Vorhaben für die Stadt ist, schneidet kläglich ab. Im Fokus der Debatte standen die Themen Verkehr, Kita, Stadtgestaltung und Wohnen.

Verkehr / Mobilität:

Die Vorschläge zum Nahverkehr (Vorschlag 17, 19, 20, 21), zur autofreien Innenstadt (Nr. 23), zu mehr Fahrradfreundlichkeit (Vorschlag 32) sowie zu mehr Ufer- und barrierefreien Wegen (Nr. 27, 39, 25) zeigen deutlich, dass die Bevölkerung eine umweltfreundliche Mobilitätsentwicklung wünscht. Die fast alljährliche Steigerung der Fahrpreise für den ÖPNV ist in dem Zusammenhang kontraproduktiv. In Summe erhielten die sieben Vorschläge zum laufenden Haushalt 15.585 Stimmen. Hinzu kommen die beiden Vorschläge aus dem Investitionshaushalt mit 12.126 Stimmen.

Die Autolobby hatte auch mit dem dritten Havelübergang einen Vorschlag im Rennen und erhielt beachtliche 12.453 Stimmen. Die Umgehungsstraße soll in zukünftige Planungen zur Verkehrsentwicklung einbezogen werden.

Mit diesen Voten haben der OB und die Stadtverwaltung eine gute Unterstützung für das weitere Vorgehen zur Verkehrsvermeidung, für Luftreinhaltung, Lärmminderung und Ähnliches. Es bleibt nur zu wünschen, dass diese Voten als zusätzlicher Ansporn gesehen werden und nicht mit der üblichen Reaktion, „das machen wir doch schon“, abgetan werden. Den Menschen der Stadt reicht es nicht, dass es ein Radwegekonzept gibt, welches viele gute Zukunftsprojekte vorsieht. Sie brauchen jetzt neue Radwege, um umweltfreundlich, schnell und sicher durch die Stadt zu kommen. Die hohe Stimmenzahl für den Havelübergang macht aber auch deutlich, dass noch viel argumentative Arbeit geleistet werden muss. Das Projekt Zeppelinstraße ist die Nagelprobe.



* die Ergebnisse der Vorschläge zum laufenden Haushalt wurden zur Vergleichbarkeit mit Faktor 2 erhöht

Kita und Wohnen:

Mit „Kitagebühren senken“ und „Mehr Personal für die Kitas“ war das Thema schon im letzten Jahr präsent. Jetzt erreichte der Vorschlag 16 für kostenfreie Kita- und Hortplätze in Potsdam 5.859 Stimmen und gelangte somit auf Platz 2 beim laufenden Haushalt. Spitzenreiter war dort der Vorschlag 12 zur Mietpreisbremse bzw. dazu, dass die Stadt stärker sozialverträgliches Wohnen unterstützen soll. 7.052 Stimmen bedeuten umgerechnet 14.104 Stimmen. Dies ist die zweitwichtigste Botschaft der Potsdamer*innen an die Stadtspitze!

Das Dilemma der Stadt im Kita- und Hortbereich ist nicht neu. Schon seit über zehn Jahren laufen Eltern aktiv Sturm gegen die Kurzsichtigkeit der Stadtverwaltung. Die aktuellen gerichtlichen Auseinandersetzungen zur Gebührensatzung sind nur die Spitze des sozialen Eisberges in Potsdam. Es reicht nicht, sich mit der Tatsache zu rühmen, dass Potsdam so viele junge Mitmenschen hat und die Geburtenrate stetig steigt. Das stimmt zwar beides, aber die Kinderzahlen steigen trotz und nicht wegen der „Kinderfreundlichkeit“ der Stadt. Dass Potsdam bei der Kitabetreuung nur schlechter Durchschnitt ist, hat die Bertelsmann-Stiftung dem OB schon mehrfach ins Stammbuch geschrieben. Geändert hat sich bisher wenig.

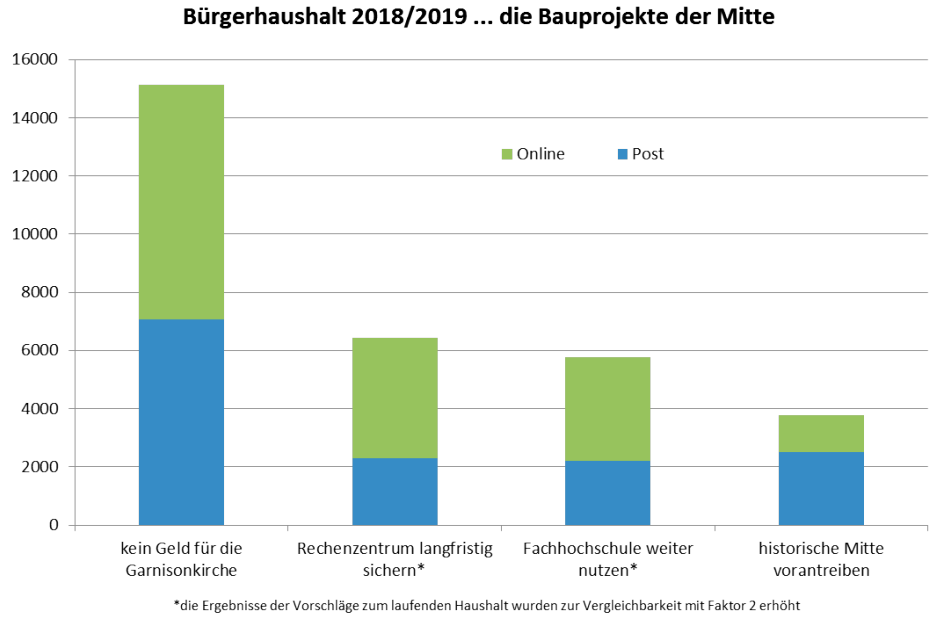
Im Bereich Wohnen und vor allem beim sozialverträglichen Wohnen ist die Stadt ebenfalls auf Kriegspfad mit der Bevölkerung. Nicht nur hunderte Erstsemester suchen bezahlbaren Wohnraum. Auch andere Bevölkerungsgruppen sehen sich mit horrenden Mieten und zu wenig Wohnraum konfrontiert. Alle Instrumente des Bundes dies zu ändern haben versagt. Ein Umdenken ist in Berlin unter der Führung der Union nicht in Sicht. Falsche Anreize, wie die der *Kosten der Unterbringung* (KdU), lassen die Sozialausgaben steigen und fließen direkt oder indirekt in die Taschen der Vermieter. Gleichzeitig erhöhen die KdU den Mietspiegel und die Realmieten bei knappem Wohnraumangebot. Doch auch die Stadt agiert neoliberalistisch wie im letzten Jahrhundert. Sie verkauft unentwegt weiter ihre Grundstücke und macht somit nicht nur Renditeobjekten und steigenden Mieten den Weg frei, sondern nimmt sich für die Zukunft jeden Handlungsspielraum. Die Stadtmitte wird es zeigen. Alle Versprechen zum sozialen Bauen und studentischen Wohnen werden sich binnen kurzer Zeit als Nebelkerzen erweisen.

Stadtgestaltung:

Ein Dauerbrenner in Potsdam. Zur Stadtgestaltung gab es mehrere Vorschläge. Wie die TOP 4 abgeschnitten haben, zeigt die Grafik auf Seite **19**.

Kläglicher kann Stadtpolitik nicht abschneiden!!! Bei der Fachhochschule (Vorschlag 30) ist der OB mit seiner Verwaltung und Rathauskooperation in Totalopposition. Die 5.772 Stimmen für die weitere Nutzung der FH kamen in einer Zeit zusammen, in der sie schon verbarrikadiert und geplündert wurde. Auch wenn der Abriss der FH vorangetrieben wird, die Debatten um eine falsche Bau- und Wohnpolitik sowie die mangelnde Mitsprache der Bevölkerung bei derartigen Entscheidungen werden nicht abreißen!

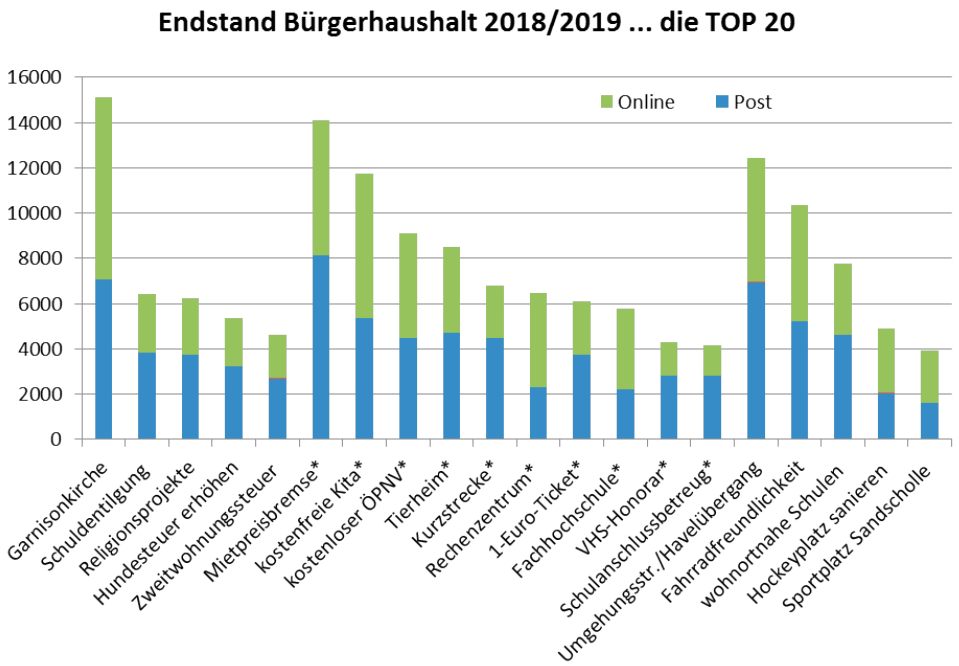
Parallel zum Bürgerbegehren und den wichtigsten Bürgerinnenvotum (keine städtisches Geld für den Bau der Garnisonkirche, Vorschlag 5 und Sieger beim BüHH 2017) mit 15.123 Stimmen, legte die Stadtverwaltung mit Schützenhilfe der Rathauskooperation der alten Männer und Frauen von SPD, CDU/ANW und Grünen einen Antrag vor, dass 375.000 Euro an die *Stiftung Garnisonkirche* gezahlt werden sollen. Und dies, obwohl dafür keine rechtliche oder anderweitige Verpflichtung besteht. Mehr Ignoranz gegenüber dem Bürgerwillen kann Politik nicht beweisen. Dass der Weiterbetrieb des Rechenzentrums auch anderweitig gesichert hätte werden können, zeigte unser Antrag in der SVV.



Der besagte Beschlussvorschlag der immer noch bestehenden Rathauskooperation läutet gleichzeitig das Ende des Rechenzentrums für 2023 mit ein. So lange die Sanierungsziele für das B-Plan1-Gebiet nicht aufgehoben oder wenigstens ausgesetzt werden, kann kein ergebnisoffener Beteiligungsprozess um die Zukunft der Kreativwirtschaft an der Plantage stattfinden. Es sollen zwar die Betroffenen eingebunden und somit eingelullt werden, aber das Ergebnis steht eigentlich schon fest. Das wird erneut eine Bürger*innen-Scheinbeteiligung á la Potsdam.

Den Bau der historischen Mitte vorantreiben (Vorschlag 31), das Lieblingsthema der Stadtvorderen, der bürgerlichen Migranten und des Mitteschön-Stadels hat es nicht mal in die TOP 20 geschafft! 3.791 Stimmen gab es dafür nur (Diagramm Seite **20**).

Wohnortnahe Schulen und deren Ausstattung (Vorschlag 37) sind den Potsdamer*innen DOPPELT so wichtig wie der Budenzauber am Alten Markt. Der Schulvorschlag bekam 7.782 Stimmen und kam somit auch in die TOP20. Auch die beiden Sportplatzanträge, „Sportplatz Sandscholle erhalten und ausbauen“ (Vorschlag 36 mit 3.933 Stimmen) sowie „Sanierung des Hockeyplatzes in der Templiner Straße“ (Vorschlag 35 mit 4.894 Stimmen), sind den Mitmenschen wichtiger als die Schaffung einer neuen Museumsinsel mit Luxuswohnungen im direkten Anschluss an die Bibliothek und Volkshochschule. Übrigens: Auch die Erhöhung der Vergütungen für die VHS-Lehrkräfte ist im Gegensatz zur historischen Mitte in die TOP20 gekommen.



* die Ergebnisse der Vorschläge zum laufenden Haushalt wurden zur Vergleichbarkeit mit Faktor 2 erhöht

Zwei Hauptschlussfolgerungen lassen sich aus dem Votum der Bürger*innen ableiten: Viele Menschen wollen nicht in einem Freiluft-Museum leben, sondern in einer lebendigen Stadt. Sie tragen die aktuelle Rathauspolitik nicht mit. Die Stadt ist mehr als das Areal zwischen Landtag und Sanssouci. Zu dieser Stadt gehören Kitas, Schulen, Sportplätze, freie Ufer und freie Räume, Kreativräume. Bezahlbare natürlich. Genau wie bezahlbare Wohnungen!

Die Mehrheit der Potsdamer*innen will ein lebenswertes Potsdam für die Bewohner*innen. UND sie wollen mitreden! Sie wollen nicht von einer SVV fremd bestimmt werden, die nicht mal von der Hälfte der Potsdamer*innen gewählt wurde. Das aktuelle Politikbarometer macht dies erneut deutlich. Neu ist das aber nicht! Der OB bräuchte nur in die Umfragen der letzten Jahre schauen oder die bisherigen Bürgerbegehren und Voten inhaltlich und nicht nur formell ernst nehmen.

*** Die Umrechnung ist notwendig, da in der Gruppe zum laufenden Haushalt sich DOPPELT so viele Vorschläge befinden wie im Investitionshaushalt und bei der Haushaltssicherung und somit sich die fünf Stimmen stärker verteilen. Die Ergebnisse haben also eine verringerte Gewichtung. Um diese Vorschläge (Nr. 11-30) mit den Vorschlägen 01-10 und 31-40 vergleichbar zu machen, wird ihr Stimmenanteil deshalb verdoppelt (Faktor 2).**

GARNISONKIRCHE

Baustart ins Ungewisse – Die öffentliche Hand baut eine Kirche

VON CARSTEN LINKE

Am 29.10.2017 fand auf der Standfläche der ehemaligen Hof- und Garnisonkirche/ Heilig-Kreuz-Kirche ein Baustartgottesdienst statt. In der Nacht zuvor tobte ein Sturm durch das Land. Es war, als wolle Gott – falls es ihn gibt – an den Turmbau zu Babel erinnern. Dort wollten die Menschen einen Turm mit einer Spitze bis zum Himmel bauen. Wegen dieser Selbstüberhöhung brachte Gott den Turmbau unblutig zum Stillstand, indem er eine Sprachverwirrung hervorrief, welche wegen unüberwindbarer Verständigungsschwierigkeiten zur Aufgabe des Projektes zwang und die daran Bauenden aus dem gleichen Grunde über die ganze Erde zerstreute (Gen 11,7,8 EU).
Es besteht also noch Hoffnung für unsere Stadt!

Eine Art Sprachverwirrung herrscht auch in Potsdam. Zumindest gibt es zahlreiche Verständigungsschwierigkeiten. Die Sprachrohre der Turmbefürworter*innen rufen immer wieder zum Dialog auf, laden aber gleichzeitig niemanden zu öffentlichen Diskursen ein. Weder die *Niemöller-Stiftung*, noch die *Initiative Christen brauchen keine Garnisonkirche*, noch die *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche* oder der V*erein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen* wurde jemals zu einer ernsthaften inhaltlichen Debatte eingeladen. Im Gegenteil, der geplante Bürger*innendialog dazu musste auf Grund der Verweigerungshaltung der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* (SGP) im letzten Jahr abgebrochen werden (siehe DIE aNDERE-Heft Juni 2016).

Über was sollen wir auch reden, wenn nicht mal ein vernünftiges Konzept für die Versöhnungsarbeit vorliegt und jeglicher wissenschaftlicher und finanzieller Ansatz für eine derartige Aufgabe fehlt. Die Gutachten der *Martin-Niemöller-Stiftung* dazu sprechen ein vernichtendes Urteil. ► **http://martin-niemoeller-stiftung.de/startseite/gutachten-zum-nutzungskonzept-fuer-den-erinnerungsort-potsdamer-garnisonkirche**

Wie sollen wir über die Geschichte des Ortes miteinander reden, wenn diese permanent verdreht oder gar geleugnet wird. Wenn historische Quellen wie im Buch von **Matthias Grünzig** nicht wahrgenommen werden und sich Protagonisten wie **Manfred Stolpe** kürzlich wieder in der Hof-und Garnisonszeitung PNN (Ausgabe vom 28.10.2017) ihre eigene Geschichte postfaktisch zurechtbasteln.

Es gibt viele Gründe gegen das Projekt zu sein – und vier dafür zu sein: Das Stadtbild, die Rache für den Abriss, die Eitelkeit und die Geschichtsverfälschung. Das Erste ist eine Mischung aus Geschmackssache und Gefühlsduselei. Den Abriss führen die an, wie **Günther Jauch**, die oft nicht wissen, wovon sie reden. Die *Evangelische Kirche* selbst hat zu Gunsten von neuen Gemeindezentren und der Rekonstruktion der Nikolaikirche der Sprengung der Kirchenruine zugestimmt. Genau 599.080 Mark und ein Gemeindezentrum für Gesamtkosten von 250.582,28 Mark erhielt die Heilig-Kreuz-Gemeinde als Entschädigung. **Ulbricht** hatte damit gar nichts zu tun. Persönliche und kollektive Eitelkeit ist unter Politikern und Würdenträgern nicht neu. Wer es nicht schafft, durch seine Taten den Menschen im Gedächtnis zu bleiben oder Eingang in die Geschichtsbüchlein Brandenburgs zu finden, der baut sich ein Denkmal oder einen Turm. Ganz nach dem Motto, meiner ist der Größte. Bis dahin menschelt es einfach nur.

Boshaft und gefährlich wird es,

- wenn man von „Versöhnung“ und „einer Kultur des Friedens bauen“ spricht, ohne diese zu leben,
- wenn man Geschichtsverfälschung betreibt und somit eine erinnerungspolitische Wende einleitet,
- wenn Schuld relativiert wird, wenn aus Schuldigen Opfer gemacht werden sollen,
- wenn aus der selbsternannten *Geburtsstätte des Dritten Reiches* ein Opfer ideologischer Willkür gemacht werden soll.

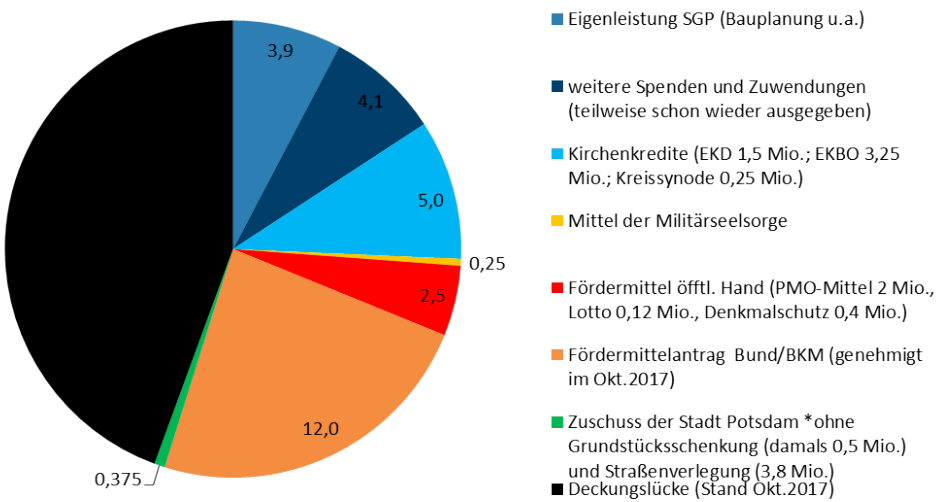
Die Homepage der SGP und der *Ruf von Potsdam* sind – bewusst oder unbewusst – zwei Meilensteine solcher Politik und die Trittbretter auf die die **Höckes** und **Klaars** jederzeit aufspringen können und auch wieder werden.

Neben all diesen inhaltlichen Fragen stellen sich als übergreifende Fragen heraus: Wer baut denn nun eigentlich diesen Turm? Der Staat oder eine kirchliche Stiftung? Wer nimmt hier wen aus und wer stiehlt sich hier aus der Verantwortung und der Verfassung?

Die Kalkulationen für die Turmkopie sind wundersam und bundesweit wohl einmalig: Seit 2011 sanken die Baukosten für den Gesamtturm von damals 40 bis 41 Mio. Euro auf heutige 37,8 Mio. Euro. Die üblichen Baukostensteigerungen von über ein Prozent pro Jahr (oder mehr) bleiben völlig unberücksichtigt. Die allerorts mangelnden Baukapazitäten ebenso. Realistisch betrachtet ist der Turmbau voraussichtlich nicht für unter 50 Mio. Euro zu realisieren. Das Bauvorhaben ist auch weiterhin von einer völligen Unterfinanzierung gekennzeichnet. Die öffentliche Hand ist derzeit der größte Finanzgeber! Mehr als die Hälfte des zur Verfügung stehenden Geldes kommt aus öffentlichen Kassen!

Dass der OB der Stadt Potsdam in einer kirchlichen Stiftung sitzt wurde oftmals zu Recht kritisiert. Dass aber der Staat einer immer kleiner werdenden Religionsgemeinschaft, welche bereits zahlreiche – oftmals leerstehende Kirchen – besitzt, ein weiteres Haus baut oder finanziert, steht im krassen Widerspruch zum Grundgesetz. Die Stadt Potsdam hat, nachdem sie bereits der Stiftung das Grundstück kostenfrei überlassen hat (welches heute

Finanzierung Turm – gesamt ca. 50 Millionen Euro



mehrere Millionen wert ist[1]) für fast 4 Mio. Euro die Breite Straße umbauen lassen. Nun sollen entgegen aller Beschlusslagen in der SVV und Voten im Bürgerhaushalt auch noch 375.000 Euro zugeschossen werden.

Bei den öffentlichen Kosten sind die Umzugskosten für das *Landesrechenzentrum* nicht zu vergessen. Der zentrale IT-Dienstleister des Landes muss als erster dem barocken Größenwahn weichen. Mehr als 64 Mio. Euro sind laut Pressemeldungen für den Umzug seitens des Landes veranschlagt. Auch die rund 8 Mio. Euro Spenden werden durch den Fiskus anteilig gegenfinanziert. Rund 2 Mio. Euro Steuermindereinnahmen sind damit verbunden.

Bisher hat die SGP unserer Kenntnis und jüngsten Pressemitteilungen nach nicht mal 28 Mio. Euro zur Verfügung (siehe Diagramm). Es fehlen über 22 Mio. Euro zur Fertigstellung des Turms! Eines Turms, der keine Kirche ist, sondern ein Aussichtsturm mit Aufenthaltsbereichen. Die *Stiftung Garnisonkirche* gibt sich immer optimistisch. Wenn sich erst mal der Baukran dreht, werden weitere Spenden fließen. Was in über zehn Jahren nicht geschafft wurde (nämlich 10 Mio. Euro Spendengelder einzuwerben), soll dann binnen drei-vier Jahre geschafft und verdoppelt werden? Wie dies bei all dem Widerstand, den es in Potsdam und in der ganzen Republik gibt, gelingen soll, bleibt ein Rätsel.

1 Die Wertsteigerung ergibt sich durch den gestiegenen Bodenrichtwert. Dieser ist abhängig von der städtischen Entwicklung, den Baulandpreisen und ähnlichem. Das Stiftungsvermögen/Grundvermögen steigt von Jahr zu Jahr, da der Bodenrichtwert im Umfeld steigt. Die Wertigkeit des Grundstücks wird nicht allein vom Verkaufswert bestimmt. Sie wäre noch höher, wenn die Stiftung das Grundstück verkaufen würde und es zeitgleich eine Änderung des B-Planes gäbe.

Rätsel gibt auch die Refinanzierung der Kirchenkredite auf. Diese soll durch Besucher*innen der Aussichtsplattform sichergestellt werden. Beim geplanten Betrieb des (Rumpf-)Turmes klafft jährlich eine Lücke von 350–450 Tausend Euro zwischen Ausgaben und Einnahmen. Weitere Zuschüsse sind wahrscheinlicher als die Kreditrückzahlung.

Viele Fragen bleiben unbeantwortet: Bis wann soll der Turm fertig gestellt werden? Wann sollen der Zierrat und die Haube aufgesetzt werden? Wie viele Jahre sollen Baugerüste und Krananlagen das Baufeld bestimmen? Wie sollen auf einer Dauerbaustelle die geplanten Eintrittsgelder zur Kredittilgung erwirtschaftet werden? Welche Auflagen wird die nötige zweite Baugenehmigung enthalten nachdem die aktuelle 2019 ausläuft? Der Stadt Potsdam und den bisherigen Fördermittelgebern wie Land, Bund und Kirchen droht eine Förder- und Bauruine.

Um diese Ruine abzuwenden, wird die SGP erneut an die öffentlichen Kassen herantreten, damit aus dem unfertigen Schandfleck doch noch etwas Ansehnliches wird.

Währet den Anfängen! Betet zu Gott, dass er, wie in Babel, die an dem Turm Bauenden über die ganze Erde zerstreuen wird, und wir hier einen Neuanfang starten können, der diesem belasteten Ort der deutschen Geschichte UND unserer aktuellen Verantwortung und historischen Schuld gerecht wird.

STIMMUNGSLAGE IN POTSDAM

Die offiziellen und amtlich überprüfbaren Abstimmungen zeigen ein deutliches Bild gegen einen Wiederaufbau der Garnisonkirche:

BÜRGERHAUSHALT 2018:
PLATZ 1 „KEIN STÄDTISCHES GELD FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER GARNISONKIRCHE" (15.123 Stimmpunkte), Beteiligung von mehr als 14.000 Potsdamer*innen.

BÜRGERHAUSHALT 2017:
PLATZ 2 „KEINE STÄDTISCHEN MITTEL FÜR DEN AUFBAU DER GARNISONKIRCHE" (11.716 Stimmpunkte), Beteiligung von 14.690 Potsdamer*innen. Annahme durch Stadtverordnetenversammlung

BÜRGERHAUSHALT 2015/2016:
PLATZ 1 „KEIN STADTGELD FÜR STADTKANAL UND GARNISONKIRCHE"
Beteiligung von mehr als 10.000 Potsdamer*innen. Annahme durch Stadtverordnetenversammlung.

BÜRGERBEGEHREN 2014: 16.000 UNTERZEICHNER*INNEN
(davon 14.285 gültige Stimmen durch Potsdamer Bürger*innen, überprüft durch Wahlamt) innerhalb von 3 1/2 Monaten Unterschriftensammlung auf der Straße gegen die Garnisonkirche. Frage lautete *„Sind Sie dafür, dass die Stadt Potsdam alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten nutzt, um auf die Auflösung der Stiftung Garnisonkirche Potsdam hinzuwirken?"* Oberbürgermeister Jann Jakobs stellte zum Bürgerbegehren einen Übernahmeantrag, um Bürgerentscheid zu verhindern. Der Antrag wurde durch Stadtverordnetenversammlung angenommen.
SEITDEM IST DIE STADT POTSDAM VERPFLICHTET, DIE GARNISONKIRCHENSTIFTUNG AUFZULÖSEN.

BÜRGERHAUSHALT 2013/2014:
PLATZ 1 „KEIN STÄDTISCHES GELD FÜR ERRICHTUNG UND UNTERHALT DER GARNISONKIRCHE", Beteiligung von mehr als 8.000 Potsdamer*innen. Annahme durch Stadtverordnetenversammlung. Kein Gegenvorschlag aus Bürger*innenschaft, die Garnisonkirche zu unterstützen.

BÜRGERHAUSHALT 2012:
PLATZ 6 „KEIN STADTGELD FÜR DIE GARNISONKIRCHE"
Beteiligung von ca. 8.800 Potsdamerinnen, Stadtverordnetenversammlung übernahm diese Forderung. Kein Gegenvorschlag aus Bürger*innenschaft, die Garnisonkirche zu unterstützen.

Die Garnisonkirchenbefürworter*innen führen dagegen ihre Internetabstimmung an:
Seit September 2014 werden Online-Stimmen für die Potsdamer Garnisonkirche gesammelt. Innerhalb von 3 Jahren konnten bisher ca. 24.000 Stimmen gezählt werden. Ca. 5.000 Unterzeichner*innen, also nur etwas mehr als einen Drittel der Anzahl beim Bürgerbegehren gegen die Garnisonkirche, gaben Potsdam als Wohnort an. Die Abstimmung ist nicht überprüfbar.

► **Flyer der *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche* November 2017**

GARNISONKIRCHE

Die Dreieinigkeit aus Kirche, Staat und Glauben als Demokratieersatz

VON CARSTEN LINKE

Am Abend des 21.11.2017 gab es in der Nagelkreuzkapelle eine Podiumsdiskussion zum Thema *Instrumente der Demokratie.* Ein Lehrstück der Demokratie und politischen Bildung in vielfacher Hinsicht.

Die Veranstaltung war im Vorfeld schon umstritten. Sie wurde auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung und auf der Homepage der Stiftung Garnisonkirche beworben mit dem Text:

„Die Veranstaltung findet an einem historisch bedeutenden Ort statt. In der Garnisonkirche konstituierte sich am 3. August 1809 der erste frei gewählte Potsdamer Magistrat. Erstmals konnte durch demokratische Partizipation über Standesgrenzen hinweg Verantwortung wahrgenommen werden."

Der erste Satz stimmt nur bezüglich der geographischen Verortung oder wenn die Nagelkreuzkapelle mit der ehemaligen Hof- und Garnisonkirche gleichgesetzt wird. Ich denke, das möchte selbst die Profilgemeinde der Nagelkreuzkapelle nicht. Der zweite Satz ist schlichtweg historisch falsch bzw. durch nichts belegt. Der dritte Satz verrät eine seltsame Sicht der Landeszentrale für politische Bildung auf Partizipation und Demokratie.

Die erste konstituierende Sitzung der ersten Potsdamer Stadtverordnetenversammlung fand am 20.03.1809 im Holländischen Haus, Lindenstraße 54 statt. In der Garnisonkirche fand fünf Monate später, am 03.08.1809, lediglich ein Festgottesdienst aus Anlass des Geburtstages des Königs **Friedrich Wilhelm III**. statt, bei diesem feierte man auch die Einführung der Steinschen Ständeordnung. Damit wurde lediglich die Einführung des Magistrats abgeschlossen und dieser auf Kirche und Krone eingeschworen. Der Gottesdienst, aber nicht die „konstituierende Sitzung“ ist durch Quellen belegt.

Mit seinem Buch *Die Garnisonkirche* hat der Hobbyhistoriker und Garnisonkirchenfan **Andreas Kitsche** die Quellenlage sehr zu Gunsten seines geliebten Objektes ausgelegt und anscheinend den Grundstein für diesen „alternativen Fakt“ gelegt. Und die Landeszentrale hat diese ungeprüft übernommen und sich gleichzeitig von der *Stiftung Garnisonkirche* und der *Nagelkreuzkapelle* vereinnahmen lassen.

Mitnichten war diese Kirche ein Ort, wo Demokratie einen Ursprung oder Tradition hatte. Um einer Verklärung – ähnlich der Behauptung, die Garnisonkirche wäre ein Hort der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gewesen, welche **Martin Sabrow** zu Recht als „einen liebenswürdigen, aber doch untauglichen Versuch zur geschichtspolitischen Reinigung durch Gegengift“ darstellte, entgegenzuwirken, hätte durchaus die Lindenstraße 54 als Veranstaltungsort gewählt werden können und müssen.

Mit der Wahl im März 1809 konnte keinesfalls ernsthaft demokratische Partizipation wahrgenommen werden. Wahlberechtigt waren nur Männer mit einem höheren Einkommen. Von ca. 17.000 Einwohner*innen Potsdams waren nur 947 stimmberechtigt. Das Dreiklassenwahlrecht galt zwar für mehrere Stände, aber es zementierte diese auch regelrecht. Ärmere Bürger und Frauen hatten kein Stimmrecht. Für die wenigen stimmberechtigten Bürger galt: Die Stimme von Bürgern mit sehr hohen Einkommen zählte mehr als von Bürgern mit geringeren Einkommen.

Natürlich kann diese Wahl als erstes zartes Pflänzchen der Machtverschiebung betrachtet werden. Ihr eine Veranstaltung zu widmen ist richtig. Aber der Veranstaltungsort taugt dafür nicht. Am Abend der Veranstaltung kam es unter anderem auch deshalb zu einer spontanen Aktion einzelner Personen in der Nähe des Veranstaltungsortes. Offenkundig auf Veranlassung und im Beisein der Gastgeberin (*Stiftung Garnisonkirche*) wurden einige Personen, die sich als Mundtote verkleidet und geschminkt hatten, innerhalb kurzer Zeit von Polizisten umkreist. Sie hatten lediglich schweigend Schilder hochgehalten – weit entfernt vom Eingang der *Nagelkreuzkapelle*. In diesem Zusammenhang kam es zu Einschüchterungen durch die Polizei. Des Weiteren wurden auch die Personalien weiterer Personen aufgenommen und Anzeigen angedroht. Vorgeblicher Grund war das fehlende Impressum auf den verteilten Flyern, die auf Demokratiedefizite im Umgang mit Bürger*innenwillen beim Thema Turmbau aufmerksam machten.

Es ist schon beachtlich, dass und wie sich staatliche Stellen vor den Karren der *Stiftung Garnisonkirche* spannen lassen. Andererseits verwundert dies auch nicht. Der OB der Stadt Potsdam und das Land Brandenburg bilden gemeinsam mit kirchlichen Einrichtungen genau diese kirchliche Stiftung: die S*tiftung Garnisonkirche Potsdam* (SGP).

Bezeichnend ist auch, dass die SGP, die *Fördergesellschaft* und die *Nagelkreuzkapelle* immer ihre Dialogbereitschaft – auch durch derartige Veranstaltungen – betonen und somit eine Diskussionsoffenheit suggerieren, aber sich im entscheidenden Moment immer auf religiöse Formate wie Andachten und Gottesdienste zurückziehen. Eine Kapelle ist kein öffentlicher Raum und eine religiöse Veranstaltung dient der Religionsgemeinschaft. Beides – Ort und Format – schließt über 85 Prozent der Stadtbevölkerung aus (Andersgläubige, Humanist*innen, Rationalist*innen…). Ein öffentlicher Diskurs ist so nicht möglich, weder über Demokratie noch über das Thema Turmbau.

Regelrecht wohltuend ist es zu wissen, dass **Friedrich der Große** all die verachtet hätte, die ihm jetzt am stärksten huldigen und sich auf seine tolerante Religionspolitik berufen. **Michael Lausberg** brachte es in seiner Arbeit *Absolutismus und Kunst in Preussen* auf den Punkt: „**Friedrich** hielt die Religion für unerlässlich, aber nur für die Masse der Bevölkerung, der er nicht zutraute, für die Ideen der Aufklärung zugänglich zu sein, und die seiner Meinung nach die Religion als Mittel zur Aufrechterhaltung von Moral und Ordnung brauchten. Für sich selber lehnte er religiöse Zeremonien als unsinnig und von Menschen für ihre Zwecke erdacht strikt ab. Er war kein Atheist, sondern ging von einem Schöpfergott aus, der aber, nachdem er die Welt erschaffen hatte, nun die Menschen gewähren ließ, ohne in den Weltenlauf einzugreifen. Daher kann man **Friedrichs** Gottesvorstellung eher als eine deistische bezeichnen. **Seine Ablehnung und Verachtung gegenüber den Erscheinungsformen des christlichen Glaubens brachte er wiederholt durch Spott und Ironie zum Ausdruck.“**

Demokratisch schön: Denkmal Friedrich der Große mit Garnisonkirche / Foto: Max Baur

Dafür würde er sicher heute ins Fahndungsraster der hiesigen Ordnungshüter, die im Auftrag der standesdünkelnden Obrigkeit agieren, geraten. Selbstverständlich als Instrument zur Wahrung der Demokratie.

PERSONALIA

„Eine parlamentarische Demokratie wie wir sie heute erleben hatten wir damals nicht vor Augen“

VON TINI ANLAUFF

…. sagt **Hans-Christian Ströbele**, Träger des kürzlich im Alten Rathaus erstmals verliehenen Max-Dortu-Preises, in seiner Dankesrede. Und: Er sei Preisen gegenüber eigentlich skeptisch, vor allem wenn sie aus Preußen kämen. Aber nachdem er **Max Dortu** recherchiert und sich mit seinem Leben beschäftigt habe, fände er diesen hier okay.

Zwei Männer, zwei Epochen. Wo ist der rote Faden zwischen ihnen? Was verbindet den Justizratssohn **Dortu** aus Potsdam mit dem ehemaligen RAF-Anwalt und späteren Grünen-Bundestagsabgeordneten **Ströbele** aus Halle an der Saale? – Es ist der Kampf um eine griechische Regierungsform namens Demokratie, übersetzt: *Herrschaft durch das Volk*. **Ströbele** kämpft ihn mit 78 Jahren auf seine Weise noch immer, **Dortus** Kampf dagegen endete im Alter von 23 Jahren mit seiner exempelhaften Hinrichtung.

Dabei hätte der aus wohlhabenden Verhältnissen stammende Student der Rechtswissenschaften auch eine vielversprechende Karriere im hohenzollernschen Justizwesen machen und dabei ein paar Kinder zeugen können, die ihrerseits wieder Karriere in Diensten gemacht hätten… – systemtragende Erfolgslinien, die bis heute vorzüglich funktionieren. Stattdessen schloss er sich in Heidelberg einem von der französischen Revolution inspirierten Studentenbund und dessen Forderungen an. Forderungen wie: Nationalstaaten mit demokratischer Verfassung, Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Bauern von Grund- und Leibherrenschaft.

Heute klingen sie altbacken, im Deutschland des 19. Jahrhunderts aber waren sie – siehe Frankreich – revolutionär. Eine Revolution war 1848 denn auch die Folge. **Dortu** überlebte sie nicht. Die Bewegung, für deren Ideale er stand, wurde militärisch niedergeschlagen.

„Und doch haben sie sich letztendlich durchgesetzt“, so **Ströbele**. „Manchmal muss man einen langen Atem haben, bis ein Funken zündet.“ Er will ermutigen. Auch in seiner Jugend wurden Funken geschlagen, die zum Teil zündeten, zum Teil noch immer darauf warten.

Ströbeles politischer Auftakt stand im Zeichen einer neuen unruhevollen Jugend, die nach 1949 zwar nominell schon in einem demokratischen Staat mit den dazugehörigen demokratischen Attributen lebte, um die **Dortu** seinerzeit rang. Dessen politische Geschicke aber noch vielfach von Altvorderen der vorangegangenen Nazidiktatur gelenkt wurden. Und wieder waren es vor allem Studenten, die eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Geschichte und eine echte, basisorientierte Demokratie forderten. Sie verliehen ihren Forderungen Ausdruck, indem sie auf die Straßen gingen, sich Haare und Bärte wachsen ließen (wie übrigens auch die 1848er Revolutionäre), außerparlamentarische Oppositionen und sozialistische Kollektive bildeten. Mit zumindest partiellem Erfolg. Andere, denen diese Maßnahmen zu lasch erschienen, griffen zu Originalmethoden der Oktoberrevolution. „Doch auch sie hatten das Recht auf faire Behandlung und hochwertige juristische Unterstützung. Das macht eine Demokratie unter anderem aus“, sagt **Ströbele**, der als Anwalt sowohl Aktivist*innen der Studentenbewegung als auch der RAF verteidigte. Er ist noch immer durchdrungen von den Idealen dieser Aufbruchszeit, die sich inzwischen bei vielen seiner ehemaligen Mitstreiter verschlissen haben. Vor allem bei denen, die wie er in die Politik gingen.

Ströbeles Fazit nach mehreren Jahrzehnten Bundestag ist ernüchternd. Er kritisiert Hinterzimmerpolitik. „Meist kommen nur wenige Abgeordnete zu den Parlamentssitzungen. Da werden Anträge sowieso nur noch abgesegnet, die Entscheidungen wurden längst woanders getroffen. Ich dachte, dass in einem Parlament öffentlich diskutiert wird, Argumente getauscht werden, gemeinsame Lösungen gefunden. Warum passiert das nicht? Wenn sich abzeichnet, dass große Teile des Volkes unzufrieden sind, warum wird das nicht aufgenommen, warum werden keine klaren Antworten auf klare Fragen gegeben? Diese Art von parlamentarischer Demokratie hatten wir damals nicht vor Augen.“ Umso wichtiger sei es, immer wieder unangenehme Fragen zu stellen, sagt er. Nachzubohren, zu nerven, um die Politik aus ihrer Komfortzone zu holen, und nicht einfach mit sich machen zu lassen. Wenn man Ströbele hört, bekommt man den Eindruck, er hätte die letzten Jahre nicht im Bundestag, sondern in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zugebracht.

Offenbar sind die markanten Schwächen hier wie dort die gleichen. Die Entscheidungshoheit beansprucht eine haushaltsfixierte Parteien-Koalition – bei uns in Potsdam nennt sie sich *Rathauskooperation* –, die sich bei Bedarf Stimmen nach dem „Wenn du mir, dann ich dir“-Prinzip dazu kauft, um Beschlüsse durchzusetzen. Leider ist ihr Haushaltsblick oft stark kurzsichtig, wie sich z.B. beim Verkauf der letzten Grundstücke der Potsdamer Mitte zeigt. (Da beläuft sich die Sicht auf maximal 25 Jahre. Danach läuft die Bindung für die Sozialmieten aus, mit denen die Rathauskooperation die Verkäufe rechtfertigt. Fragt Vertreter von SPD/CDU und Grünen mal danach und guckt, wie sie reagieren!). Bürgerproteste oder auch nur ergebnisoffene Diskussionen werden mit dem Argument früher gefasster Beschlüsse geblockt, während andere frühere Beschlüsse gleichzeitig nonchalant für hinfällig erklärt werden. Mit Volksnähe oder gar Basisdemokratie hat das wohl wenig zu tun. Darüber täuschen auch Schein-Bürgerbeteiligungen wie der *Bürgerhaushalt* oder sogenannte Bürgerbeteiligungswerkstätten nicht hinweg (in die sich nebenbei selten ein Bürger verirrt, weil sie gern mitten in der Arbeitszeit liegen und dazu in für Normalsterbliche unverständlicher Verwaltungssprache zelebriert werden).

Was also tun? Frustriert die Flinte ins Korn werfen? Auswandern? Oder nach **Ströbeles** und **Dortus** Vorbild: Erst recht weiterhin den Finger in Wunden legen! Sich zu Bürgerinitiativen zusammenschließen, denen günstigenfalls ein, zwei Juristen angehören! Diskussionen lauthals herausfordern, Entscheidungen hartnäckig und öffentlich hinterfragen und selbst Vorschläge bringen mit dem Ziel, bei Entscheidungen einen Konsens der BÜRGER, nicht der Parteifunktionäre, zu erzwingen!

Wenn eines in den letzten Jahren sichtbar geworden ist, dann, dass die aktuelle Demokratieform, die **Ströbele** (und nicht nur er, wie die Wahlergebnisse zeigen) kritisiert, sich überlebt hat. Die Politik muss sich den veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen anpassen, nicht umgekehrt. Diese Veränderungen kommen in den homogenen Peergroups von Dauerfunktionären möglicherweise nicht an. Dann muss man ihnen dabei helfen.

In diesem Sinne – danke Herr **Ströbele** für die Ermutigung. Und danke Stadtverwaltung für diesen Preis im Namen eines Revolutionärs, der zur Sabotage aufrief, als Reden nicht weiter half. Und für die Wahl des ersten Preisträgers **Hans-Christian Ströbele**.

Am Rande: Interessant, dass der Dortu-Preis für „ein Leben im Zeichen der Demokratie und Zivilcourage“ vergeben wird. **Dortus** Zivilcourage bestand unter anderem in seinem berühmten Aufruf an die Potsdamer, zur Sabotage der Gleisbetten hinter dem heutigen Hauptbahnhof, um den Transport der Potsdamer Garnison nach Berlin zu verhindern, wo sie die Aufstände revolutionärer Bürger niederschlagen sollten. Angesichts der absehbaren Folgen für **Dortu** kann man diesen Aufruf wirklich nur zivilcouragiert nennen. Sollte dieser Preis also am Ende ein Wink mit dem Zaunpfahl von Seiten der Stadt an uns Bürger sein?

Hans-Christian Ströbele erhält den Max-Dortu-Preis für „ein Leben im Zeichen der Demokratie und Zivilcourage“ / Fotos: Carsten Linke

PERSONALIA

Max-Dortu-Gedenksteinewerfen 2017

VON ANJA HEIGL

Seit Jahren erinnern wir jährlich an **Max Dortus** Kampf für Freiheit und Bürgerrechte und gegen die preußische Militärmonarchie.

2017 führten wir deshalb auch zum dritten Mal das Max-Dortu-Gedenksteinewerfen durch. Gegen die ersten Gedenksteinewerfen ging die polizeiliche Versammlungsbehörde noch mit Verboten und phantasievollen Auflagen vor. Nach unserem Kantersieg beim Verwaltungsgericht im Jahre 2015 wird uns die Schlosskulisse aber problemlos für unser politisches Mitmach-Theater bereitgestellt.

Wir möchten damit die Ereignisse des 12. November 1848 erlebbar machen.

In Berlin galt der Belagerungszustand. **Max Dortu** und seine Mitstreiter*innen wollten verhindern, dass weiteres Militär zur Niederschlagung des demokratischen Widerstands in die Hauptstadt verlegt wird. Sie mobilisierten eine Volksmenge, die die Eisenbahngleise zwischen Potsdam und Nowawes herausriss und die Telegraphenverbindungen zerstörte. Am Abend des 12.11.1848 warf die Menge dann Steine gegen das verhasste Stadtschloss.

Diese Tradition setzen wir symbolisch fort, in z.T. historischer Bekleidung und mit traditionellem Liedgut.

Fotos: Jan Kuppert

PERSONALIA

Interview mit Lutz Boede – Oberbürgermeisterkandidat der Wählergruppe DIE aNDERE

VON WOLFRAM MEYERHÖFER

WOLFRAM MEYERHÖFER
Herr Boede, warum möchten Sie Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam werden?

LUTZ BOEDE
Vor Wahlen schmücken sich die Kandidat*innen ja gern mit Fotos und Plakaten, die sich zur alltäglichen Politik ihrer Parteien etwa so verhalten wie Hochzeitsfotos zum Alltag einer 20-jährigen Ehe. Wenn ich nicht kandidiere, kann ich mich nur darüber ärgern. Wenn ich antrete, kann ich wenigstens sagen, dass der Kaiser nackt ist. Ich kandidiere in diesem Wahlkampf, weil es Zeit wird, in dieser Stadt mal über die wesentlichen Probleme zu sprechen. Die bisherigen Amtsträger taten ja alle so, als wäre das Wachstum einer Stadt nicht steuerbar und als seien ständig steigende Mieten ein Naturgesetz. Das möchte ich nicht durchgehen lassen. Es wird im Wahlkampf darum gehen, was ein Oberbürgermeister konkret tun kann.

Was kann er denn tun gegen steigende Mieten?

Er kann vor allem die städtische Wohnungsgesellschaft anweisen, im eigenen Wohnungsbestand bedarfsgerecht zu sanieren und bezahlbare Mieten anzubieten.

Das heißt, dass Sie die *ProPotsdam* anweisen würden, in der Verlustzone zu agieren. Sollen dann also die Mieten für die Mieter der *Pro Potsda*m von allen Potsdamer Bürger*innen subventioniert werden?

Derzeit hält die *ProPotsdam* eine umfassende Sanierung im Altbaubestand für nicht unter 2.000 Euro pro Quadratmeter machbar. Solche Preise entstehen auch, weil mit der Zielsetzung saniert wird, langfristig deutlich teurere Mieten zu erzielen. Die *ProPotsdam* saniert nicht nach dem tatsächlichen Bedarf ihrer Mieter*innen. Sie betreibt eine Vorratssanierung und spekuliert auf die steigenden Mieten bei einer späteren Neuvermietung der Wohnung. Wenn die *ProPotsdam* endlich wieder zu einem Instrument der Wohnungsversorgung für diejenigen gemacht wird, die nicht jeden Mietpreis zahlen können,

wird sie deutlich preiswerter sanieren. Ich würde die Geschäftsführung der städtischen Wohnungsgesellschaft auch anweisen, auf den Abriss von Wohnungen z.B. im Staudenhof oder dem *Haus des Reisens* zu verzichten. Hier wurden und werden Sonderwünsche von *Mitteschön* und Co. auf Kosten der Mieter*innen erfüllt.

Wenn trotz alledem am Ende rote Zahlen übrig bleiben, dann gehören bezahlbare Wohnungen für Nichtmillionäre unbedingt zu den kommunalen Kernaufgaben. Es ist doch besser, jetzt aus der Stadtkasse Geld für preiswerte Wohnungen auszugeben, als später überhöhte Mieten durch kommunale Gelder zu stützen.

Das Rathaus scheint mir in seiner Grundkultur sehr davon geprägt, dass hier seit Jahrzehnten SED und SPD das Personal einstellen und führen. Sie sitzen als Fraktionsgeschäftsführer der aNDEREN ja auch in diesem Haus. Wie nehmen Sie die Kultur dort wahr?

Es gibt im Rathaus unübersehbare Tendenzen, die eigene Parteiklientel mit Posten und Aufträgen zu versorgen.

Ich meine eher eine problematische Grundhaltung, dass Verwaltungshandeln nicht für die Bürger*innen da ist, sondern dafür, die Eigenlogik der Verwaltung zu bedienen. In Potsdam schafft man es, selbst positive Ansätze gegen die Bürger*innen zu wenden. So war es ein Fortschritt, dass man Termine im Rathaus im Internet buchen konnte. Plötzlich muss man Termine buchen und kann nicht mal in eiligen Fällen einfach hingehen.

Verwaltungsmitarbeiter*innen vermitteln in Potsdam oft den Eindruck, dass sie entscheiden, was für die Leute das Beste ist. Die Terminvergabe im Bürgerservice ist das beste Beispiel. Ich denke, dass die Bürger*innen selbst wissen, ob sie eine Nummer ziehen und warten wollen oder ob sie lieber einen Termin vereinbaren wollen. Es ist entmündigend, wenn einem eine Amtsleiterin erzählt, dass dieser bevormundende Terminzwang doch im eigenen Interesse liegt. Das wäre eine meiner ersten Amtshandlungen, die Automaten mit den Wartenummern wieder in Betrieb zu nehmen.

Sie sind als OB ja zuallererst der Chef der Stadtverwaltung. Ich traue Ihnen zu, in Einzelheiten das Bürgerinteresse stärker in den Blick zu nehmen. Was aber werden Sie strukturell tun, um die Kultur im Rathaus zu verändern?

Die städtischen Führungskräfte müssen zuallererst selbst eine Haltung vorleben und einfordern. Man muss von der Ausländerbehörde verlangen, dass sie aufenthaltsrechtliche Fragen löst, statt sich hinter Postablage und Terminvergabe zu verschanzen. Und natürlich muss man gerade bei leitenden Angestellten auch fragen, ob sie überhaupt die charakterliche Eignung mitbringen, um die kommunale Verwaltung zu leiten oder einen städtischen Betrieb zu führen. Wer in einem Amt den eigenen Spaß an der Machtausübung ausleben will oder seine Arbeit von Bekanntschaften und Gefälligkeiten abhängig macht, hat im Rathaus keinen Platz.

Für Neueinstellungen leuchtet das ein. Aber Sie gehen ja als eine Art Feind an die Spitze der Verwaltung. Wollen Sie wirklich, dass die Leute, die Sie seit Jahren zum Teil ja auch recht unschön abbügeln, selbst „eine Haltung vorleben“?

Das sehe ich viel differenzierter. Es gibt viele motivierte Mitarbeiter*innen mit einer guten Haltung zu ihrem Job. Diesen Leuten muss man den Rücken stärken und ihnen mehr Gestaltungsspielräume geben. Andere Beschäftigte sind vielleicht nur noch nicht auf der Stelle eingesetzt, die am besten zu ihren Potentialen passt. Aber natürlich werden sich manche Führungskräfte auch einen neuen Job suchen müssen. Allerdings ist Personalentwicklung eine langfristige Angelegenheit.

Was sind Sie eigentlich? Ein Linksliberaler? Ein Linksanarchist?

Ich bin überzeugt, dass die Menschenrechte für alle und überall gelten, dass umfangreicher Grundbesitz, Banken und Schlüsselindustrien nicht in privaten Händen liegen sollen und dass der Staat beides garantieren muss. Früher nannte man das „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Sie saßen im Jahr 1983/84 für acht Monate im Stasi-Knast.

Die DDR war für mich noch nicht mal Sozialismus.

Was war sie denn?

Ein Ergebnis des 2. Weltkrieges, eine Diktatur ängstlicher alter Männer und der Beweis dafür, dass Sozialismus ohne individuelle Freiheitsrechte nicht funktionieren kann.

Wenn Sie als OB nicht nur Verwaltungschef sein wollen, dann müssen Sie politische Mehrheiten suchen. Was wären Ihre kurzfristigen, was Ihre langfristigen großen Projekte?

Kurzfristig würde ich einen ergebnisoffenen Neustart in der Potsdamer Mitte einleiten, den Verkauf städtischer Grundstücke stoppen, den BUGA-Park kostenfrei zugänglich machen, die Subvention der Schlösserstiftung beenden, Schulsportanlagen auch nach 15 Uhr für den Breitensport öffnen, den Terminzwang im Bürgerservice beenden und das städtische Klinikum in die ordentliche Mitgliedschaft des Kommunalen Arbeitgeberverbandes zurückführen – also Tariflöhne zahlen.

Ich würde bei jeder Gelegenheit deutlich machen, dass sich die Stadtbevölkerung mit einem Bürgerbegehren für die Auflösung der Garnisonkirchenstiftung ausgesprochen hat und dass ich demzufolge das Aufbauprojekt nicht unterstütze. Langfristig möchte ich neben der vollständigen Re-Kommunalisierung der städtischen Betriebe auch einen Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr durchsetzen. Dazu muss natürlich auch auf Landesebene einiges passieren. Die Finanzierung des ÖPNV muss dort unbedingt verändert werden, damit wirklich eine aNDERE Verkehrspolitik möglich wird.

Würden Sie versuchen, eine Koalition zu schmieden oder wollen Sie mit wechselnden Mehrheiten regieren?

Den Stil der jetzigen Rathauskoalition halte ich für vollkommen indiskutabel. Politische Entscheidungen werden in Hinterzimmern ausgekungelt und in der *Stadtverordnetenversammlung* oft ohne demokratische Debatte durchgewunken. Es ist überhaupt nicht mehr öffentlich nachvollziehbar, wer warum wie abstimmt. Ich möchte, dass kommunale Sachfragen öffentlich diskutiert und mit wechselnden Mehrheiten ohne Koalitionszwang entschieden werden. Zu wesentlichen Fragen der Stadtentwicklung bevorzuge ich direktdemokratische Entscheidungen durch die gesamte Bevölkerung.

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / JANUAR 2018

DIE aNDERE

V.i.S.d.P. DIE aNDERE
c/o JAN WENDT
Dortustraße 1
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
TINI ANLAUFF, ANJA HEIGL, CARSTEN LINKE, WOLFRAM MEYERHÖFER ANNEGRET PANNIER, ARNDT SÄNDIG

Gestaltung:
MARCUS GROßE marcus-grosze.allyou.net

DIE STADT IST KEIN MUSEUM

Lutz Boede

ist Oberbürgermeisterkandidat der Wählergruppe

DIE ANDERE

Interview auf Seite 35